

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 02 - Ministerpräsident
und Staatskanzlei

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Hauptausschusses

Berichterstatter

Abgeordneter Elfring CDU

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -
wird mit nachstehenden Änderungen angenommen.

Bericht

Der Einzelplan 02 wurde im Hauptausschuß in den Sitzungen am 15. Januar sowie am 5. und 20. Februar 1986 beraten. Dabei wurde dem Kapitel 02 610 - Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen - bereits am 15. Januar 1986 einstimmig zugestimmt.

Ergebnis der BeratungenPersonaltitel

Die Beratung des Personaltats des Einzelplan 02 stellte der Hauptausschuß am 15. Januar 1986 zurück, weil wenige Tage zuvor die Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs zur Staatskanzlei - Vorlage 10/237 - beim Landtag eingegangen waren und diese in die Beratungen einbezogen werden sollten. In seiner Sitzung am 5. Februar 1986 bat der Hauptausschuß sodann die Staatskanzlei um weitere Erläuterungen zum Einzelplan 02 des Haushaltsplanentwurfs 1986 unter Berücksichtigung dieser "Prüfungsfeststellungen zur Staatskanzlei" des Landesrechnungshofs. Darauf hin legte der Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen mit Datum vom 13. Februar 1986 die erbetene Stellungnahme - Vorlage 10/284 - vor. Er schlug hierin Änderungen des Landesrechnungshofs vor; demnach blieben 15 neue Stellenanforderungen gegenüber der ursprünglichen Einstellung von 27 neuen Planstellen und Stellen. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß diese Stellenzugänge allerdings absolut notwendig sind und der notwendige Bedarf auch nicht durch Stellenverlagerungen gedeckt werden könne.

In Konsequenz dieser Darlegungen stellte die Fraktion der SPD den Antrag,

bei Kapitel 02 010, Titel 422 10 - Streichung von 3 Planstellen A 13 h.D.,

Streichung von 1 Planstelle A 11,

Kapitel 02 010, Titel 425 10 - Streichung von 1 Angestelltenstelle VG Ia BAT,

Streichung von 1 Angestelltenstelle VG VIb BAT,

Kapitel 02 010, Titel 426 10 - Streichung von 2 Arbeiterstellen LG VI MTL II,
Streichung von 1 Arbeiterstelle LG IV MTL II,

Kapitel 02 010, Titel 422 10 - Zugang von 1 Stelle für beamtete Hilfskraft A 15 (Abordnung),
Zugang von 2 Stellen für beamtete Hilfskräfte A 14 (Abordnungen),
Zugang von 1 Stelle für beamtete Hilfskraft A 11 (Abordnung),

Kapitel 02 010, Titel 425 10 - Zugang von 1 Leerstelle für Angestellte VG I BAT,

Kapitel 02 010, Titel 426 10 - Zugang von 1 Leerstelle für Arbeiter LG VI MTL II,

Kapitel 02 010, Titel 425 10 - Umwandlung 1 Angestelltenstelle für VG I BAT in 1 Angestelltenstelle VG Ia BAT,

Kapitel 02 010, Titel 425 10 - Streichung 1 Angestelltenstelle BAT III,
Zugang 1 Angestelltenstelle BAT IV a ,

Der Sprecher der CDU-Fraktion wiederholte seine Bedenken gegen die Stellenvermehrung. Die vorgetragenen Gründe reichten für eine Personalvermehrung nicht aus, vielmehr könne mit dem jetzt vorhandenen Personal auch neuen Anforderungen begegnet werden. Eine Stellenvermehrung sei auch unter Berücksichtigung der Situation bei der Polizei und den Lehrern nicht vertretbar. Er stelle daher für seine Fraktion den Antrag auf Streichung der zusätzlichen Stellenanforderungen.

Diesem Antrag der CDU-Fraktion schloß sich der Sprecher der F.D.P.-Fraktion an.

Die Anträge der Oppositionsfraktionen wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD angenommen.

Sachtitel

- a) Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Titel 531 10 - für Aufgaben des Landespresse- und
 Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)

Die CDU-Fraktion beantragte,
 den Ansatz von 2 237 200 DM
 zu kürzen um 517 000 DM
 auf 1 720 200 DM.

Die Ausgaben des Ministerpräsidenten für Öffentlichkeitsarbeit sollten das Doppelte des für den Landtag veranschlagten Betrags nicht übersteigen.

Dieser Antrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Die F.D.P.-Fraktion beantragte,
 den Ansatz von 2 237 200 DM
 zu kürzen um 224 000 DM
 auf 2 013 200 DM.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

- b) Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Titel 812 00 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und
 Ausrüstungsgegenständen

Die Fraktion der CDU beantragte,
 den Ansatz von 157 000 DM
 zu kürzen um 90 000 DM
 auf 67 000 DM.

Zur Bergündung verwies sie auf ihre Haltung zur Anforderung neuer Planstellen und Stellen im Einzelplan 02. Da kein Bedarf für die Einrichtung neuer Stellen bestünde, müßten

auch die mit der Einrichtung verbundenen Sachausgaben entfallen.

Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

- c) Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Titel 427 60 - Kosten für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte

Die Fraktion der CDU beantragte die Streichung des Ansatzes von 510 000 DM.

Nachdem mit den Stimmen der SPD-Fraktion eine Personalvermehrung der Staatskanzlei beschlossen wurde, könne die Oppositionsfraktion diesen Haushaltsansatz nicht zustimmen, der nunmehr überflüssig erscheine und indirekt einer weiteren personellen Verstärkung gleichkomme.

Die Fraktion der F.D.P. beantragte die Kürzung des Ansatzes um 340 000 DM. Nach ihrer Auffassung sind die Kosten für Gutachten, Forschungsaufträge usw. im Haushaltsplan 1986 überproportional angehoben worden, ohne daß ein Konzept erkennbar wäre, auf welchen Gebieten die Landesregierung besonderer wissenschaftlicher Beratung bedarf. Anstelle einer konzeptionslosen Erhöhung dieser Mittel sollte nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion der Wissenschaftshaushalt gezielt verstärkt werden.

Beide Anträge wurden mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD abgelehnt.

- d) Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
 Titel 526 60 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge

Die Fraktionen der CDU und der F.D.P. beantragten,

den Ansatz von 400 000 DM
 zu kürzen um 295 000 DM
 auf 105 000 DM.

Zur Begründung führte die Fraktion der CDU auf, der Mehrbedarf von fast 300 % sei nicht nachgewiesen. Auf den Widerspruch im Rahmen der Begründung zu Titel 427 60 sei hinzuweisen: Dort werde die Ausgabenerhöhung bezüglich der Sachverständigen-Beauftragung damit gerechtfertigt, daß es auf diese Weise möglich sei, auf die Vergabe umfangreicher Gutachten zu verzichten.

Mit dieser Begründung lasse sich eine Ausgabensteigerung bei den Gutachtenkosten nicht vereinbaren.

Die Fraktion der F.D.P. führte aus, die Kosten für Gutachten, Forschungsaufträge usw. seien im Haushaltsplan 1986 ohne erkennbares Konzept stark erhöht worden. Die einzusparenden Mittel sollten dem Wissenschaftshaushalt zugute kommen.

Beide Anträge wurden mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD abgelehnt.

e) Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
 Titel 523 00 - Ergänzung und Unterhaltung der
 Bibliothek der Landesregierung

Die von der SPD-Fraktion beantragte Erhöhung
 des Ansatzes von 144 000 DM
 um 10 000 DM
 auf 154 000 DM

wurde einstimmig beschlossen.

f) Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
 Titel 539 00 - Staatspreise Nordrhein-Westfalen

Die von der SPD-Fraktion zur Deckung der Mehrausgaben bei
 Titel 523 00 beantragte Kürzung

| | |
|------------------|-----------|
| des Ansatzes von | 60 000 DM |
| um | 10 000 DM |
| auf | 50 000 DM |

wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

g) Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen
 Titel 686 10 - Zuschuß für NRW-Büro in Brüssel

Die Fraktion der F.D.P. beantragte die Streichung des
 Haushaltsansatzes von 800 000 DM, da eine spezielle
 Intressenvertretung des Landes bei der Kommission in
 Brüssel nach ihrer Ansicht weder erforderlich noch in
 dem anvisierten Rahmen mit Aussicht auf Effizienz möglich
 sei. Aus gleichem Grunde solle die Verpflichtungsermäch-
 tigung über 500 000 DM entfallen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion und
 der Fraktion der CDU abgelehnt.

h) Zur Änderung

der Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für
 die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern

stellte die Fraktion der SPD den Antrag

1. beim Haushaltsvermerk hinter Ziffer 5 als neue Ziffer 6 einzufügen:

6. "Ausgaben aus Titel 541 71 und Titel 684 71
 (neu) sind gegenseitig deckungsfähig".

2. Der Ansatz bei Titel 541 71 - Durchführung einer Landesausstellung "Nordrhein-Westfälische Entwicklungszusammenarbeit"

wird um 100 000 DM

auf 100 000 DM gekürzt (Zugunsten des unter 3. neugeschaffenen Titels 684 71).

In Spalte 3 ist entsprechend als neuer Ansatz 1986 einzutragen: 100 000 DM,

in Spalte 4. ergibt sich keine Änderung,

in Spalte 5. ergibt sich ein Weniger von 185 000 DM.

3. Hinter Titel 681 71 wird eingefügt:

68471, Kennziffer 023 - Entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit

Der Ansatz für 1986 beträgt 100 000, entsprechend ist in Spalte 5. einzutragen: + 100 000.

4. Auf Seite 39 sind die Erläuterungen zu Titel 684 71 wie folgt zu fassen:

Veranschlagt sind Zuschüsse für Seminare, insbesondere Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsveranstaltungen zum Thema Dritte Welt.

Bei Begründung und Erläuterung dieses Antrages zu Titelgruppe 71 stellte der Sprecher der Fraktion der SPD noch einmal heraus, daß es sich lediglich um eine Präzisierung der Titelgruppe ohne Mittelaufstockung handele. Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

i) Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 526 81 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge

Die Fraktion der F.D.P. beantragte,
 den Ansatz von 2 145 000 DM
 zu kürzen um 1 000 000 DM
 auf 1 145 000 DM.

Unter Hinweis auf ihre Begründung zu den Kürzungsanträgen bei den übrigen Ansätzen für Gutachten und Forschungsaufträge will die F.D.P.-Fraktion auch die hier bezweckte Einsparung dem Wissenschaftshaushalt zufließen lassen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

k) Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung

Titel 684 20 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit

Die Fraktion der SPD beantragte,
 den Ansatz von 4 300 000 DM
 zu erhöhen um 1 300 000 DM
 - auf 5 600 000 DM.

Mit dieser Erhöhung werde der Mittelansatz des Vorjahres beibehalten. Eine weitere Kürzung sei im Bereich der politischen Bildungsarbeit nicht mehr vertretbar.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion angenommen.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Farthmann
 Vorsitzender